



Stadtzeitung der MLPD Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands Stuttgart/Sindelfingen



Unterschriftensammlung

„Mehr Bahnhof – mehr Zukunft“ erfolgreich abgeschlossen

Am 15.11. aktiv für die Rettung der Umwelt Nein zum Roll Back beim Klimaschutz!

In kurzer Zeit wurden in einem großen Kraftaufwand vieler Aktiver, auch der MLPD, über 22-Tausend Unterstützer für das Bürgerbegehren gegen den Gemeinderatsbeschluss zum Abriss der oberirdischen Gleise am Hauptbahnhof gewonnen. 2000 mehr als für einen Volksentscheid gebraucht werden. Die Einwohnenden Stuttgarts stehen mutig gegen den Strom der Herrschenden. Denn Umwelt- und Klimaschutz werden von den Regierungen zurückgefahren und im Interesse der Konzerne torpediert.

Die meisten Unterzeichnenden des Bürgerbegehrens wollen, dass viel mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene kommt. Für andere war wichtig, die Aufheizung der Stadt einzudämmen, weshalb die Bebauung des „Rosensteinviertels“ in Frage gestellt werden muss. Viel wurde auch das Argument der Befürworter des Bebauungsplans diskutiert, dass hier die dringend benötigten Wohnungen gebaut würden. Es fehlt aber an bezahlbaren Wohnungen. Und die entstehen hinterm Bahnhof ganz sicher nicht.

Schluss mit dem Völkermord!

Israels Versuch, sich Gaza und Teile des Libanon anzueignen, also ein Groß-Israel zu errichten, ist gescheitert. Das ist ein großer Erfolg der weltweiten, riesigen Solidaritätsbewegung. Mindestens 18 Millionen Menschen sind gegen diesen Krieg auf die Straße gegangen und haben dem palästinensischen Widerstand ihre Solidarität erklärt.

In Stuttgart haben am 3. Oktober ca. 15.000 Menschen das sofortige Ende der Kriegshandlungen gefordert. Unsere MLPD-Wohngebietsgruppe in S-Ost war mit befreundeten Familien aus dem Stadtteil dort. Wir brachten unser gemeinsam gefertigtes Transparent und diverse Plakate zur Demo mit.

Netanjahu, Trump und Hamas waren gezwungen, einem Waffenstillstandsabkommen zuzustimmen. Das verheerende Ergebnis dieses Krieges: etwa 100.000 Tote und ein massiv zerstörter und verseuchter Gazastreifen.

Die Bundesregierung hat mit den Waffenlieferungen nach Israel Beihilfe zu Völkermord und Kriegsverbrechen geleistet. Ja, sie hat jegliche Solidarität mit dem palästinensischen Volk als Antisemitismus diskreditiert und verfolgt. Sie und

die deutschen Konzerne müssen für ihre Beteiligung an Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen und zur Entschädigung verpflichtet werden! Israelische und andere ausländische Truppen raus aus Palästina!

Die politische und praktische Solidarität muss verstärkt weitergehen! Aktiv werden für den Wiederaufbau von Gaza, Stärkung der säkulären Kräfte und für ein funktionierendes Gesundheitssystem. Die ICOR als Weltorganisation revolutionärer Kräfte und „Solidarität International“ haben einen Solidaritätspakt mit dem Al-Awda Gesundheitssystem in Gaza geschlossen, für den Aufbau von dringend benötigten Gesundheitsstationen in Gaza. Dafür haben wir in Stuttgart und Sindelfingen schon über 12.000 Euro gesammelt. Wir benötigen auch Medikamente, Baumaterialien etc.. Beteiligt Euch mit Spenden oder werdet Brigadist oder Brigadistin für den Aufbau eines Krankenzentrums in Gaza!

Spendenkonto: Solidarität International,
IBAN DE 86501900 0091 0080 0584 Stichwort
„Gaza soll leben“

**Kommt zur Protest-Aktion
am 15. November
14.00 Uhr auf den
Schlossplatz Stuttgart**

spendet für die tatsach'



Das Bürgerbegehren hat aber auch deutlich gemacht, dass die Menschen selber über existenzielle Fragen ihrer Lebensverhältnisse entscheiden wollen und dafür demokratische Rechte brauchen.

Die Aktiven haben in diesen Wochen viele Erfahrungen gesammelt und gelernt auf die Menschen zuzugehen, zu argumentieren und es wurden praktische Schritte zur Kampfeinheit der Umweltbewegung gemacht. Daran müssen wir weiter arbeiten. Am 15. November findet parallel zur UN-Klimakonferenz in Brasilien weltweit ein Umweltkampftag der Basis statt. Eine gute Möglichkeit, die vielfältigen umweltpolitischen Initiativen zusammenzuführen und zu Wort kommen zu lassen: seien es Tierschützer, Initiativen zur Durchsetzung von Tempo 30 in den Stadtteilen, für sichere Radwege, gegen die Versiegelung der Stadt oder zur Durchsetzung der E-Mobilität und Ausbau des Schienenverkehrs. Die MLPD fördert diesen Weg mit dem Ziel der Herausbildung einer internationalen, gesellschaftsverändernden Bewegung. Nur so kann die begonnene globale Umweltkatastrophe gestoppt oder eingedämmt werden. Deshalb unterstützt sie auch die Vorbereitung einer Internationalen Umweltkonferenz (IEC 2026). Hier sollen die Erfahrungen in den weltweiten Kämpfen der Massen diskutiert und Schlüsse für die internationale Koordinierung gezogen werden. Dazu gehört auch die Frage, warum nur im echten Sozialismus die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht werden kann.



SPENDET FÜR DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG!

SPENDENKONTO: SOLIDARITÄT INTERNATIONAL,
IBAN: DE 86 5019 0000 6100 8005 84
STICHWORT: "GAZA SOLL LEBEN"
(FÜR AKUTHILFE UND WIEDERAUFBAU)
STICHWORT: "GAZA PROZESSE" (FÜR PROZESSKOSTEN)

ICOR

Weitere Informationen auf www.ICOR.INFO/DE

Kürzungen bei Kitas, Schulen, ÖPNV? Nicht mit uns!

Jetzt kommt raus, wohin die Reise der Stadt Stuttgart unter OB Nopper gehen soll: 500 Stellen in der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen nicht besetzt werden, Halbierung der Stuttgart-Zulage für die Beschäftigten, drastisch steigende Hundesteuer, Parkgebühren oder Kürzungen beim ÖPNV und im Kulturbetrieb. Den Vogel schießen Pläne ab, die Kita-Gebühren bis 2031 drastisch zu erhöhen. Die Vollzeit-Betreuung dreijähriger Kinder würde dann 828 Euro kosten!

Warum das Streichkonzert? Haben wir Bürger oder die Beschäftigten der Stadt über unsere Verhältnisse gelebt? Sollen die Schüler ihre Klassenzimmer jetzt selbst reinigen oder renovieren?

Woher rührt der Finanznotstand der Kommunen, der jetzt auch Stuttgart erreicht? Da ist zum einen der Einbruch der Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Einnahmequelle. Mercedes, Porsche und Bosch haben bis vor nicht langer Zeit Rekordprofite gemacht. Weiterhin werden Gewinne gemacht und an die Aktionäre geleitet. Jetzt be-



sonders auf Kosten der Kommunen. Sie sind direkt mit den Folgen der wachsenden Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Armut konfrontiert, bekommen immer mehr Aufgaben aufgeladen, aber nicht das dafür notwendige Geld von Land und Bund und aus Großkonzern-Steuern. Die MLPD unterstützt deshalb die

Landesweite Demonstration und Kundgebung von Ver.di am 8. November, 12 Uhr, Lautenschlagerstraße, „Kommunen am Limit - Demokratie am Abgrund“.

Lasst uns gemeinsam gegen die immer weitgehendere Umverteilung des National- und Steuereinkommens in die Kasse der Konzerne und Banken kämpfen; für die Senkung der Massensteuern, Abschaffung der indirekten Steuern und drastische progressive Besteuerung der Großunternehmen, Großverdiener und großen Vermögen! Für kostenlose Gesundheitsfürsorge und Bildung, von der Kita bis zur Hochschule!

Untertürkheim setzt ein antifaschistisches Zeichen

Anfang September wurde in Luginsland ein von Indern langjährig betriebener Pizzaservice an den Fenstern mit Hakenkreuzen beschmiert. Dies wurde sehr schnell von Mitgliedern der Nachbarschafts-Whatsapp-Gruppe Nebenan.de bekannt gemacht und zu einer einer Solidaritätsaktion zum Entfernen dieser widerlichen Schmierereien aufgerufen. Auch wurde bei der Polizei Anzeige erstattet.

Die Kundgebung am 7. September stieß auf große Zustimmung bei den Bewohnern und Antifaschisten in anderen Stadtteilen. Mit 150 Teilnehmer/Innen platzte die gegenüberliegende, kleine Parkanlage fast aus den Nähten. Es gab Transparente und Plakate von unterschiedlichen Organisationen, wie der antifaschistischen Aktion und der MLPD, sowie einen Info-Stand. Es wurden Redebeiträge gehalten von einem IG Metall-Vertrauensmann von Mercedes, dem Leiter eines Altenheimes in der Nähe, Antifaaktion, SPD, Grünen, MLPD dem Kolumnisten Joe Bauer.

Dies war das Ergebnis der gleichberechtigten, demokratischen Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte. Alle waren sich einig darüber, dass Fremdenfeindlichkeit und Faschismus in Untertürkheim keinen Platz haben darf und die antifaschistische Tradition im Sinne der Familie Schlotterbeck fortgeführt und gestärkt werden muss. Der Vertreter der MLPD legte dar, dass Faschismus mehr ist als Rassismus und Remigration. Dieser ist die Herrschaftsmethode, wo Gewalt und Terror zur Unterdrückung aller fortschrittlichen Kräfte zur Hauptseite wird, zu dem Kräfte des Finanzkapital greifen, um ihre aggressive Machtziele durchzusetzen.

Viele trugen sich in eine Mitmachliste ein, um die antifaschistische Zusammenarbeit fort zu setzen. Dies ist genau richtig, angesichts der Gefahr, dass die AfD weiter wächst und die Bereitschaft mit ihr zusammen zu regieren, bei CDU/CSU wächst.

von Mercedes-Kollegen: Stuttgart kein zweites Detroit!

Detroit: Die Bilder mit leerstehenden Fabriken, Häusern und Armut sind zum Symbol des Niedergangs der US-Autoindustrie geworden. Ständig neue Ankündigungen von der Vernichtung tausender Arbeitsplätze bei Bosch, Porsche und Mercedes in der Region Stuttgart lassen ähnliches befürchten.

Zwar verzichten derzeit noch die Konzernvorstände auf offene Entlassungen (bei Stammbeschäftigten), um den Widerstand und Kampf der Belegschaften zu vermeiden. Aber wie lange noch? Schon jetzt werden massenhaft Arbeitsplätze vernichtet, weil Kolleginnen und Kollegen mit Abfindung entlassen oder früher in Rente geschickt werden. Wo soll unsere Jugend in Zukunft noch eine gute Ausbildung und Arbeit finden?

Doch unseren Chef Ola Källenius (Mercedes) interessiert nur seine gut bezahlte Zukunft und die seiner Großaktionäre. Dafür will er immer mehr



Produktion und Arbeitsplätze nach Ungarn oder China verlagern. Die Gewinner bei diesem bösen Spiel sind aber nicht unsere ungarischen oder chinesischen Kollegen. Diese sollen weiter zu erheblich schlechteren Löhnen und Arbeitszeiten schaffen.

Wir dürfen uns nicht vor den Karren der Konkurrenzfähigkeit von Mercedes oder der deutschen Wirtschaft spannen und uns als Arbeiter gegenseitig ausspielen lassen. Deshalb wird sich auch eine Delegation von Mercedes-Arbeitern und Freunden an der 3.

Internationalen Automobilarbeiterkonferenz (IAC) im indischen Pune vom 20. - 24. November beteiligen. Im Mittelpunkt steht dort der Erfahrungsaustausch, die Beratung und Festlegungen, wie wir uns gegenseitig in unseren Kämpfen unterstützen und gemeinsam den Kampf um Arbeitsplätze, bessere Arbeitsbedingungen, faschistische- und Weltkriegsgefahr, sowie Umweltzerstörung organisieren können.

Klärschlamm-Verbrennungsanlage in Böblingen Gefahr für eine weitere chronische Vergiftung unserer Umwelt

In Böblingen soll eine Klärschlamm-Verbrennungsanlage auf dem Gelände des bestehenden Restmüll-Heizkraftwerks gebaut werden, die 2027 in Betrieb gehen, 120.000 Tonnen Klärschlamm jährlich verbrennen und 220 Millionen Euro kosten soll.

Die Anlage wird damit beworben, sie stehe für Umwelt- und Ressourcenschutz, sei CO2-neutral und es werde der überlebens-notwendige Rohstoff Phosphor zurückgewonnen.

Das Gegenteil ist der Fall: Bei der Klärschlammverbrennung handelt es sich um einen Prozess, bei dem in großen Mengen hochgiftige Kohlenwasserstoffe bis hin zu den Ultragiften Dioxine und Furane entstehen. Zudem fallen in großen Mengen Feinstäube an,

Das bedeutet eine weitere chronische Vergiftung der Natur. Über die Luft, Wasser, Boden und Lebensmittel gelangen die Schadstoffe in den Körper des Menschen und gefährden damit die Gesundheit. Eine Anlage um den Phosphor zurück zu gewinnen ist nicht vorgesehen und ob es eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung gibt, ist offen - und was passiert mit dem kontaminierten Wasser?

Wir brauchen andere Lösungen, z.B. dezentrale Pyrolyseanlagen und dass bei der Produktion von vornherein recycelbare Stoffe verwendet werden.

Wir treffen uns am 18. November 18.00 im Ernst Schäfer-Haus in Sindelfingen

Gastbeitrag der Umweltgewerkschaftsgruppe Kreis Böblingen

Kreis Böblingen:

Nächste Runde im Kampf um ausreichend Plätze zum Schutz vor häuslicher Gewalt

In der letzten >tatsach< haben wir den Offenen Brief von Courage Böblingen/Sindelfingen und anderen an Kreistag, Landrat und Bundestagsabgeordnete dokumentiert, der die sofortige Einrichtung von ausreichend Schutzwohnungen für Opfer häuslicher Gewalt fordert. Auch die Wohngebietsgruppe Sindelfingen der MLPD hat das unterstützt.

In seiner Antwort vom 2.9. führt der Landrat auf drei Seiten aus, wieviel der Landkreis bereits für den Schutz vor häuslicher Gewalt getan habe. Und warum es angeblich nicht möglich sei, sofort zusätzliche Plätze anzumieten. Denn das neue Frauenhaus wird erst in zwei Jahren eröffnet und bietet nur 25 Plätze. Wen wundert's? Schuld ist mal wieder „die schwierige Haushaltslage“; außerdem sei die Einrichtung von Schutzwohnungen nur „mittelfristig“ möglich – sprich: erst wenn das Frauenhaus in Betrieb gegangen ist.

Und es gäbe ja das Gewalthilfegesetz, das im Februar in Kraft getreten sei. Nicht erwähnt hat er, dass dieses Gesetz erst 2032 wirksam wird!

Die Wohngebietsgruppe der MLPD und andere Unterzeichnerinnen des Offenen Briefes sind empört, akzeptieren diese Antwort nicht und halten ihre Forderungen aufrecht!

Es gibt nicht nur sehr viel Leerstand, der genutzt werden könnte, sogar ein Angebot für Schutzwohnungen für Notfälle wurde dem Landratsamt gemacht, das ignoriert wird.

Die Couragegruppe schlägt vor, dass sich die Unterzeichnerinnen treffen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Dazu **treffen sie sich am 3. November, um 19.30 im Ernst Schäfer Haus Corbeil-Essonnes-Platz 10 in Sindelfingen.**

Außerdem soll eine gemeinsame Aktion am 25.11. vorbereitet werden, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

Am "Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen" auf die Straße! Das Frauenbündnis Stuttgart fordert:

- Ausbau von KiTas, Schulen und Frauenhäusern - statt Hochrüstung und Militarisierung!
- Eine lebenswerte Zukunft unserer Kinder, von Frauen und Männern – gemeinsam – statt „Spalte und Herrsche“
- Unsere gesellschaftliche Emanzipation und die volle Gleichberechtigung!
- Eine friedliche Zukunft für unsere Jugend - statt Krieg und Kriegshetze!
- Unsere Töchter und Söhne kriegt ihr nicht für Bundeswehr und Militär!
- Endlich Abschaffung des §218 – Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper

Kriege muss es nicht immer geben!!

Viele Leute spüren, dass die Kriegsgefahr drastisch anwächst. Täglich werden wir überflutet mit Meldungen dass Deutschland wieder kriegstüchtig werden müsse.

Viele Menschen sagen: Kriege wird es immer geben, da kannst du nichts dagegen machen. Aber: Kriege gibt es nicht, weil die Menschen schlecht oder blutrünstig wären. Die Masse der Menschen will keinen Krieg! Warum aber dann die erneute Vorbereitung eines 3. Weltkrieges? Die Ursachen sind im imperialistischen Weltsystem begründet. Alle imperialistischen Länder bzw. deren Regierungen sind in erster Linie den Maximalprofiten „ihrer“ Großkonzerne verpflichtet. Dafür brauchen sie Einflussgebiete, Rohstoffe und Absatzmärkte. Diese sind aber in der Welt bereits verteilt. Und in den letzten Jahrzehnten haben sich neue Imperialisten entwickelt wie Russland, China, Türkei usw. Letztlich kann die Neuaufteilung nur gewaltsam erfolgen. Deshalb rüsten alle auf und bereiten Kriege vor, um sich möglichst viel vom bereits verteilten Kuchen zu sichern.

Wir sind dem aber nicht hilflos ausgeliefert. Konkrete Kriege können verhindert werden.

Dafür ist eine Millionen umfassende aktive Friedensbewegung notwendig, die sich gegen alle Kriegstreiber richtet und bei der die Arbeiterinnen und Arbeiter das Rückgrat bilden.

Der Widerstand muss sich gegen Regierungen und die Großkonzerne richten, die die Kriegsvorbereitung betreiben; und er muss sich international entwickeln. So war der weltweite Protest

gegen Israels Genozid in Gaza wesentlich dafür, dass ein vorläufiger Waffenstillstand erreicht wurde.

Das Problem, dass der Kapitalismus/Imperialismus immer wieder gesetzmäßig zu Kriegen führt, können wir damit aber nicht lösen. Dazu muss das ganze imperialistische Ausbeutungssystem revolutionär überwunden und eine neue, echte sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden. Die großen Fabriken müssen vergesellschaftet werden. Produziert werden wird, was die Gesellschaft und die Menschen im Einklang mit der Natur brauchen - nicht das, was am meisten Profit bringt. In den vereinigten sozialistischen Staaten der Welt gehören Kriege der Vergangenheit an, weil es um den gegenseitigen Nutzen geht.





25.11.25

**Internationaler
Tag gegen Gewalt
an Frauen**

16.00 – 18.00 Uhr
Rotebühlplatz
Kundgebung – Demo



FRAUENBÜNDNIS STUTTGART
KÄMPFERISCH – INTERNATIONAL – SOLIDARISCH

**++ Frauen leisten weltweit Widerstand
gegen Krieg und Faschismus ++**
**Gemeinsam sind wir stark! ++ Bringt
Schilder, Transparente und eure Wut
mit! ++ Unser Protest und Kampf gehört
auf die Straße!**

Leserbrief

Vonovia zockt uns ab, wir wehren uns gemeinsam

Seit 2019 prüfen wir Vonovia-MieterInnen gemeinsam die Betriebs- und Heizkostenabrechnungen. Wir vergleichen die Abrechnungen und fordern für jeden Posten Zahlungsnachweise und Belege. Meistens gibt es Nachforderungen, die wir seit Jahren nicht zahlen, weil die vollständigen Belege von Vonovia nicht vorliegen. Die Nachforderungen von 2021 sind verjährt. Dies zeigt, dass dieser große Wohnungskonzern, nicht in der Lage ist, uns die tatsächlichen Kosten vorzulegen. Uns zeigt dies aber auch, dass wir mit unserer Prüfgemeinschaft, Vonovia nicht ausgeliefert sind. Wir haben Rechte, die wir wahrnehmen.

Und unsere Gemeinschaft schafft für jeden Einzelnen Selbstvertrauen und Sicherheit bei jedem Handeln. Wir lernen immer mehr dazu. Wir bekommen sachliche Unterstützung von der Stuttgarter MieterInnen-Initiative, die wiederum bundesweit im Bündnis VonoVia vernetzt ist. Wir sind ein Teil dieses Bündnisses und unterstützen uns in regelmäßigen Zoom-Sitzungen untereinander.

Keiner wird allein gelassen, es ist ein gemeinsamer Kampf „Wissen ist Macht, gemeinsam handeln macht Mut“.

Gemeinsam haben wir unrechtmäßige Mieterhöhungen abgewendet, und ein Auslaufen der Sozialbindung im nächsten Jahr steht uns noch bevor. D.h. unsere Mieten werden deutlich steigen. Wir werden das gemeinsam skandalisieren, und nicht untätig eine Mieterhöhung akzeptieren. Wir haben Rechte, und die nehmen wir gemeinsam wahr. Denn wir müssen selbst tätig werden. Ein Weg, mit der wir auf die Wohnungspolitik im Interesse der Mieter Einfluss nehmen können. Dazu gehört auch die Forderung und der Kampf um den Bau der notwendigen Zahl von bezahlbaren Wohnungen.

Antonietta Ferri aus Stuttgart-Vaihingen

Ein klares Nein zur Wehrpflicht!

"Deutschland kriegstüchtig machen" - das ist neuerdings die Leitlinie der Bundesregierung. Hunderte Milliarden werden dafür verwendet, auf Kosten von sozialen Ausgaben, wie Gelder für Schulen und Unis. Angeblich zu unserer Verteidigung und um Krieg zu vermeiden, so wird es überall beworben. Aus diesen „edlen Motiven“ soll für uns Jugendliche jetzt wieder die Wehrpflicht eingeführt werden.

„Aber es ist doch richtig, unser Land zu verteidigen“, sagen viele. Dieser Staat und seine Armee verteidigen aber nicht dich und mich, unsere Familien und unsere Städte. Sie verteidigen in erster Linie den politischen Einfluss und die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Monopole auf der ganzen Welt. Durch den Imperialismus ist die Weltwirtschaft und Politik von der Konkurrenz um Macht und Profit geprägt.

Mit verlogenen Argumenten wie Abenteurer, Disziplin, Kameradschaft und moderne Technik sollen unsere berechtigten Interessen und Wünsche für die Bundeswehr missbraucht werden. Aber spätestens, wenn es ernst wird und ein Dritter Weltkrieg

ausbricht – denn für dessen Vorbereitung werden diese Werbekampagnen gerade gefahren - endet das „Abenteuer“ im Bombenhagel.

Nur aktiver Widerstand und Streiks können die imperialistischen Kriege auf der Welt verhindern – und zwar in allen Ländern. Jeder Soldat muss früher oder später erkennen, wer der wahre Feind ist und herausfinden, für was es sich wirklich lohnt zu kämpfen! Für uns Rebellen ist das eine sozialistische Gesellschaft, in der alle Menschen in wahren Frieden leben können.

Im REBELL lernen wir gemeinsam zu verstehen, was die Hintergründe für die Kriege auf der Welt sind und wie man sie verhindern kann.

Werde mit uns gemeinsam aktiv gegen Militarisierung und Kriegsvorbereitung!

Komm zur Gaza-AG vom Rebell.
Free Palestine! Organize for Gaza!
 Sonntag, 16. November, ABZ Süd
 Bruckwiesenweg 10, 70327 Stuttgart

Hallo,

wir sind die Rotfüchse. Wir wollen euch einladen zum Nikolausfest. Wir machen auch eine Kinderdisco. Wir würden uns freuen wenn ihr kommt. Denn wir haben alles vorbereitet und wir sammeln auch für Kinder in Gaza.

Eure



Stadtbahnunfall in S-Wangen

Die SSB trifft ein Mitverschulden

Die selbst schwerverletzte Stadtbahnfahrerin wurde als einzige für den schweren Auffahrunfall mit mehreren Schwerverletzten am 23. Februar 2024 in Stuttgart-Wangen verantwortlich gemacht. Sie wurde zu einer zehnmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Weil sie wusste, dass sie an Schlafapnoe leidet, wurde ihr das als Vorsatz ausgelegt!

In Wahrheit war den Verantwortlichen der SSB ihre Erkrankung lange bekannt. Deshalb hätte die Fahrerin niemals weiter im Schichtdienst bei der Fahrgastbeförderung als Stadtbahnfahrerin eingesetzt werden dürfen!

Warum wurde der Kollegin kein Ersatzarbeitsplatz von der SSB angeboten? „Die Fürsorgepflicht des städtischen Unternehmens gilt nicht nur für die Fahrerin sondern genauso für alle Fahrgäste!“ so der Amtsrichter (ebenda)

Deshalb müssen jetzt auch die Verantwortlichen der Personal- und Werksärztlichen Abteilung (u.a.) der SSB zur Verantwortung gezogen werden!

Zuschrift aus Untertürkheim

Veranstaltungen

Freitag, 14. November, 20 Uhr, ABZ*

Orquesta atípica: Gespielt werden vorwiegend tanzbare Stücke von der „goldenen Ära“ des Tango über Astor Piazzolla bis zu zeitgenössischen Arrangements des Tango Nuevo. Eintrittspreis: 20/15 Euro

Freitag, 21. November, 20 Uhr, ABZ*, **Open Stage**, Jugendband, Eintrittspreis: 5 Euro

Sonntag, 23. November, 15 Uhr, ABZ*, **Benefits Veranstaltung des eritreischen Frauenvereins** Stuttgart „Internat für Afambo“ Eintrittspreis: 8 Euro / 5 Euro

Weihnachtsbasare von "people to people". unter dem Motto „Völkerfreundschaft“ mit Ständen und Café für jeden offen. Am besten vorbeikommen, genießen und Geschenke aussuchen: Wein, Öl aus Palästina, ausgewählte Bücher und CDs, Kunsthandwerk und vieles mehr.

Stuttgart, 30. November 2025, 13 - 17 Uhr, ABZ*

Sindelfingen, 6. Dezember, 16.00 Uhr, Ernst-Schäfer-Haus, Corbeil-Essonnes-Platz 10

Sindelfingen Stammtisch: Jeden ersten Freitag im Monat, Italienischer Verein, Wurmbergstr. 5

Lesegruppen zum Buch "Die Krise der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften, der Religion und der Kultur"

Stuttgart-Feuerbach:

Donnerstag in den geraden Wochen, 18 Uhr Bürgerhaus, Stuttgarter Straße 15

Stuttgart Untertürkheim

Dienstags in den geraden Wochen, 18 Uhr, ABZ*

Sindelfingen:

Dienstags 18 Uhr, Ernst-Schäfer-Haus, Corbeil-Essonnes-Platz 10

Marx-Engels-Lesekreis im ABZ

Freitag in den ungeraden Wochen, 16.30 Uhr Liebknecht "Militarismus und Antimilitarismus"



Einladung zur Silvesterfeier von MLPD und Freunden

31.12., 19.00 Uhr im ABZ*. Es erwartet euch das beste Büfett der Stadt, Jahres Rückblick und Ausblick, Lagerfeuer, Live Musik und Tanz bis in den frühen Morgen.

***Arbeiterbildungszentrum Stuttgart, Bruckwiesenweg 10, 70327 Stuttgart-Untertürkheim, Tel: 0711 3360703**

Kontakt: MLPD, Bruckwiesenweg 10, 70327 Stuttgart Tel.: 0711-2361350, e-mail:

STEFAN ENGEL - MONIKA GÄRTNER-ENGEL

DIE KRISE

DER BÜRGERLICHEN
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN,
DER RELIGION UND DER KULTUR

Teil IV

Taschenbuch

202 Seiten

Preis: 19,00 €

ISBN:

978-3-88021-709-6

Stimmen zum Buch:

„Religion, Pädagogik, Musik, Sport, Medien.... Dinge mit denen sich jeder beschäftigt. Das Buch ist eine hervorragende Hilfe für ein befreites Denken.“

„Das Buch spricht vom echten Leben. Bei jedem Punkt hatte ich einen Kollegen, eine Freundin oder mein eigenes Verhalten im Kopf.“

Wer das Buch nicht kennt verpasst etwas.“

Zu bestellen bei www.neuerweg.de oder in jeder guten Buchhandlung

Besuchen sie auch www.revolutionaerer-weg.de